

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Reklamen pro Zeile 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.
Fernsprech-Anschluß Nr. 30.

Postfach-Konto:
Frankfurt a. Main Nr. 7639.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.

Redaktionschluß: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Post bezogen

vierteljährlich 2,50

Von derselben frei ins Haus
geliefert 2,52 Mark.

Nr. 103.

Braubach a. Rhein, Freitag, den 3. Mai 1918

28. Jahrgang.

„Deutschland ist nicht zu besiegen!“

Der diese neue Weisheit entdeckt, die wir unseren Feinden schon seit Jahr und Tag predigen, ohne bis jetzt mit ihr Gehör zu finden? Die Londoner „Daily Mail“ ist es, ein kriegerisches Blatt wie es im Buche steht, die in einem schwachen Augenblick der Selbsterkenntnis der Wahrheit die Ehre gibt. Sie spricht davon, daß Tausende von Arbeitern für die Rüstung und die Schiffbauindustrie zurückgehalten werden sollen, weil nur junge und kräftige Leute für diese schwere Arbeit in Frage kommen, wenn die durch die U-Boot-Tätigkeit verursachten bedenklichen schweren Verluste wieder gut gemacht werden sollen. Man könne aber nicht zugleich ein großes Schiffsbauprogramm durchführen und große, neue Armeen aufstellen. In der ganzen Welt, von Archangel bis Hongkong ständen die englischen Kruppen verstreut und überall mühten sie mit Nachschub und Proviant versehen werden. So sei heute Englands nationale Kraft auf das äußerste angepannt — gleich einem Licht, das auf beiden Seiten angezündet ist. Doch bei der drohenden Niederlage sei den Machthabern jedes, auch das verzweifeltste Mittel recht. Und doch werde die Stunde kommen, da dem Unterhause wie im Jahre 1778 die Unmöglichkeit, Amerika zu besiegen, so jetzt von der Regierung das Bekenntnis abgelegt werden würde. Man kann Deutschland nicht besiegen!

Ein solches Geständnis, wenige Tage nach dem kühnen englischen Vorstoß gegen unsere U-Boot-Basis an der kanarischen Küste abgelegt, läßt wirklich tief blicken. Es fehlt den Briten an Schiffraum, und es fehlt ihnen an Mannschaften, und sie vermögen weder die entsetzlichen Verluste ihrer Handelsflotte noch die ungeheuren Abgänge ihrer Festlandarmeen zu ersetzen. Wollen sie den Verlust mit dem mannigfachen Industriegewinn, die ihren Vertrieb zu speisen haben, gehörig im Gang halten, so dürfen sie ihnen keine Arbeiter entziehen; wollen sie aber dem Marshall Haig die Ersatzmannschaften schicken, deren er bedarf, um seine verlorenen Divisionen wieder auf die Beine bringen zu können, so können sie gerade an diesen Arbeitermassen nicht vorbeigehen. Die 17- bis 19-jährigen Flugschüler, die sie in den letzten Flandernkämpfen einsetzten, nachdem sie die armen Burischen Hals über Kopf von ihren Schutzbänken hinweg über den Kanal transportiert hatten, die werden unsere Kampf- und Regimenter Streikern schwerlich viel zu schaffen machen — und was soll dann wiederum aus dem Fliegerersatz werden, der doch schließlich, bei dem ungemein starken Kräfteverbrauch gerade der Luftwaffe, eine Sache von nicht geringer Wichtigkeit ist? So bewegen die Engländer sich im Kreise herum, und nirgends wird ein Ausweg sichtbar, der ihnen Rettung bringen könnte. König Georg versucht es wieder einmal mit einem Verbedbrief nach Indien, das einem Notzettel so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Wie groß der Beitrag Indiens zur Sache der Verbündeten auch gewesen sei, er ließe noch keinesfalls auf der Höhe seiner Hilfsquellen und seiner Kraft. Eine bessere Verwendung des vorhandenen Mannschafsmaterials, darauf komme es jetzt in erster Reihe an, angesichts der Notlage des Reiches nach diesen bitteren und heftigen Kämpfen an der Westfront. Es werde immer wichtiger für das Mutterland, daß die Kriegsheere in Ägypten, in Palästina und Mesopotamien von Indien aus unterstützt würden. Er vertraue auf den Geist der Opfer-

willigkeit, ohne den kein dauernder Sieg erzielt werden könne.

Also Indien muß noch ungleich mehr bluten als bisher, wenn England nicht zugrunde gehen soll. Aber auch dieses schöne Land ist nicht unerschöpflich, ganz abgesehen von der Frage, ob seine mehr und mehr zum Selbstbewußtsein erwachenden Bewohner sich nicht bald zu gut dünken werden, um ihre Verwendung als Kanonenfutter für die Zwecke ihrer europäischen Unterdrückung noch länger, und gar in unaufhörlich steigendem Umfange auszulassen. Und mit Irland steht, ist ja ein ganz offenes Geheimnis, während unsere Feinde sich jetzt jeden Tag von neuem darüber entfachen, mit welcher zahlenmäßigen Überlegenheit wir nach dem Friedensschluß im Osten gegen die gesamte Streitmacht der Engländer und Franzosen aufzutreten imstande sind.

In der Tat, es bleibt dabei: man kann Deutschland nicht besiegen! Je eher diese Einsicht in England die Oberhand gewinnt, desto besser für unsere Väteren von einst. Sie brauchen dann wenigstens nicht auch noch vor Amerikanern und Japanern ganz und gar den Kürzeren zu ziehen.

Immer noch der Kaiserbrief.

Die Grenzen von 1814.

Aus den Beratungen des französischen Kammerabschlusses für auswärtige Angelegenheiten über den Brief Kaiser Karls an Brins Sartus von Parma teilt der „Manchester Guardian“ einige Einzelheiten mit:

Die dem Ausichuß vorgelegten Dokumente enthalten einen Brief von Poincaré an den Prinzen Sartus von Bourbon, worin Poincaré für Frankreich nicht nur Entschädigungen fordert, sondern die Grenzen von 1814, und Bürgschaft hinsichtlich des rechten Rheinufer, also tatsächlich die Bedingungen, welche im Vertrage von Briand und Doumergue mit der Regierung des früheren Zaren vereinbart wurden. Poincaré scheint die Verhandlungen in eigener Person geführt zu haben.

Die Unterhandlungen wurden nur der englischen und der italienischen Regierung mitgeteilt, nicht den anderen Verbündeten. Mehrere Abgeordnete griffen Clemenceau heftig an und verlangten, daß nach der Veröffentlichung des Kaiserbriefes durch Clemenceau alle Dokumente veröffentlicht werden müßten.

Aus der letzten Instanz.

(Bedeutungsvolle Entscheidungen.)

Jedem Gewerbetreibenden liegt nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. vom 4. April 1918 während des Kriegszustandes die Pflicht ob, sich um die seinen Geschäftsbetrieb berührenden Verordnungen zu kümmern und sich dieserhalb (d. h. über Auslegung derselben) zu erkundigen. Dieser Pflicht genügt er nicht, wenn er sich einfach der Auffassung seiner Interessenten anschließt. Er muß sich vielmehr durch geeignete Erkundigungen vergewissern, ob die Auffassung dieser Kreise auch von beruflichen amtlichen Stellen geteilt wird. Jedenfalls ist dies dann geboten, wenn ihm bekannt ist, daß Zweifel bestehen, ob die Auffassung der Interessentenkreise richtig ist. — In der vorliegenden Strafsache hatte der Angeklagte von dem ihm bekannten Zweifel und Streit hinsichtlich der Zugehörigkeit des Kums zu den Lebensmittel im Sinne der Verordnung gegen den Kettenhandel seinem gleichfalls angeklagten Vertreter die Erkundigung zur Pflicht machen müssen. Durch Außerachtlassung dieser Verpflichtung hat er fahrlässig gehandelt und sich strafbar gemacht.

Seinade freundschaftliche Gefühle für ihn in ihrem Innern zu regen begannen.

Der Bericht, den sie Editha erstattete, mußte wohl recht weilschweifig gewesen sein, denn eine lange Zeit verging, ehe sie zurückkehrte. Ihr rundes Gesicht war lebhaft gerötet, und ihre kleinen, lebhaften Augen hatten einen verdächtig feuchten Glanz.

„Kommen Sie in Gottes Namen herein!“ sagte sie. „Ich denke, jetzt wird es ihr nicht mehr schaden, Sie wiederzusehen.“

Editha ruhete, von Kissen gestützt und in Decken eingehüllt, in einem Sessel am Fenster, und das in breiten Strahlenbündeln über ihren Kopf und ihre Schultern fallende Sonnenlicht wab einen lieblichen, verklärenden Schein um ihr schmales, blaßes Gesicht.

„Willkommen, Günter!“ sagte sie, noch ehe er ein Wort hatte sprechen können. „Ich danke dir, daß du werts hierher gekommen bist. Wir hatten es kaum an dich verdient. Denn wir alle haben uns ja so schwer an dir veründigt.“

„Du nicht, Editha, du nicht!“ erwiderte er in tiefer Bewegung, sich auf die schöne, feine Hand herabneigend, die sich ihm aus den Decken und Kissen heraus entgegen gestreckt hatte. „Und wenn ich vor aller Welt gerechtfertigt bin, vor dir bin ich es noch nicht, solange du es vermagst meine Verteidigung zu hören.“

Hinter ihm klopfte sehr vernehmlich eine Tür, und als er sich umwandte, wurde er gewahrt, daß die Frau Stadträtin im Gefühl ihrer Überläufigkeit das Zimmer verlassen hatte. Da kniete er neben dem Sessel Edithas nieder, und statt mit seiner Verteidigung zu beginnen,

Kriegs-Chronik

Stätige Tagesereignisse zum Sammeln.

30. April. In Mähren heftige Infanteriekämpfe und starke Artillerietätigkeit. — An der macedonischen Front bricht ein heftiger Vorstoß vor unseren Linien aus.

Aber das endgültige Ergebnis der achten Kriegsanleihe machte Reichsbankpräsident Dr. Hakenstein im Zentralausschuß der Reichsbank einige interessante Mitteilungen. Danach ist die Summe der achten Kriegsanleihe mit Ausschluß des Umtausches — auf 14 788 247 100 Mark festgesetzt, über 1 1/2 Milliarden mehr, als die bisher größte, die sechste Kriegsanleihe, erbracht hat, und die noch ausstehenden Feldzeichnungen, für die die Zeichnungsfrist noch läuft, werden die Gesamtsumme der vollen 15 Milliarden noch weiter annähern. Alle Bevölkerungsklassen haben gleich großen Anteil an dem glänzenden Erfolge dieser Schlacht des Deimatheeres.

Günstiges deutsch-rumänisches Abkommen?

Die Ausbeutung der Petroleumquellen.

Naturngemäß können, solange die Verhandlungen dauern, über den Friedensvertrag mit Rumänien keine Einzelheiten bekanntgegeben werden. Aber die Vorwürfe, die heute schon in der Presse erhoben werden, als wenn Deutschland bei diesen Verhandlungen schlecht abgeschnitten hätte, sind eben um so unbedeutender, da die Vertragsbestimmungen noch in der Schwärze sind und deshalb kein Urteil möglich ist. Ein vielfach lautgewordener Vorwurf ging dahin, Deutschland sei gegenüber Österreich-Ungarn in Nachteil geraten; die von Österreich-Ungarn erlangten Gebietsteile an der rumänischen Grenze werden dabei auf einen Wert von drei Milliarden berechnet. Das ist natürlich eine höchst zweifelhafte Schätzung. Nimmt man den genannten Betrag aber selbst als richtig an, so drängt sich doch die grundsätzliche Frage auf, wie wir denn durch Landgewinn uns hätten schaden lassen sollen angesichts der einmal unabänderlichen Tatsache, daß Deutschland nicht nachbar Rumäniens ist und die Erwerbung von Gebietsteilen eines von uns weitest entfernten Staates doch wohl nicht ernstlich in Frage kommen kann. Deutschland mußte daher andere Wege gehen als Österreich-Ungarn. Es mußte als Entschädigung Vorteile anderer Art anstreben, und als solche waren nur Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiete in Betracht zu ziehen. Dies ist geschehen. Ein Hauptstück der Vereinbarungen, durch die sich Deutschland sichern konnte, betrifft augenscheinlich die Ausbeutung der rumänischen Petroleumquellen. Wenn auch die erstellten Übereinkünfte für eine öffentliche Erörterung noch nicht reif sind, so war doch aus Mitteilungen der Presse, die auf sachverständigen Darlegungen beruhten, zu entnehmen, daß es sich dabei um ein für Deutschland höchst günstiges Abkommen handelt. Ohne genaue Angaben läßt sich sein Geldwert nicht errechnen, doch liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß die unmittelbaren Vorteile, die Deutschland daraus erwachsen werden, den Errungenschaften Österreich-Ungarns nicht die Wage halten werden. Ein abschließendes Urteil ist zwar aus den angegebenen Umständen noch nicht möglich, aber Zurückhaltung im Urteil, ist jedenfalls angemessen.

Dunkle Pfade.

Roman von Reinhold Otmann

Nachdruck verboten.

„Ja, ja, so seid ihr Männer! — Einem hübschen jungen Weibe vergeht ihr alles, zumal, wenn euer Eitelkeit euch einflüstert, daß sie aus Liebe zu euch gesündigt hat. Aber dieser Frandel — Nein, wie ist es nur möglich, daß man sich so in einem Menschen täuschen kann — Er hätte also gewünscht, daß Heintz der Mörder war — und er hat trotzdem geschwiegen!“

Er hat wohl noch Schlimmeres getan als das. Aber Sie nun alles wissen, verehrte Frau Stadträtin — werden Sie jetzt auch Editha davon in Kenntnis setzen? „Aus der Stelle“, verkündete sie eifrig. „Und ich bitte Sie, hier auf mich zu warten. Wenn sie selbst den Wunsch hat, Sie zu sehen, werde ich mich nicht lange dagegen sträuben. Jemand, der ohne sein Verschulden so viel leiden mußte, hat doch wohl Anspruch auf eine Entschädigung.“

Ihr Mitleid und ihre natürliche Herzengüte hatten nun doch den Sieg davongetragen über alle anderen Regungen. Vielleicht auch war sie klug genug, sich zu sagen, daß nach dieser Wendung der Dinge all ihre diplomatische Geschicklichkeit nicht mehr imstande sein würde, diese beiden jungen Menschen voneinander zu trennen. Sie lächelte freundlich, als Günter auf ihre letzten Worte hin wirklich ihre runde, rosige Hand ergriß und sie in herzlichster Dankbarkeit an seine Lippen führte. Dem in ihrer eigenen Überraschung wurde sie gewahr, daß sie

flüsterte er, fortgerissen von der überströmenden Bärtlichkeit seines Herzens:

„Mein Lieb — oh mein teures, angebetetes Lieb!“ Und es mußte sie wohl nach keiner weiteren Rechertigung mehr verlangen, denn mit weißer, inniger Drud schlangen ihre Arme sich um sein Nacken, und er wie ein tosender Hauch klang es ganz nahe an einem Ohr:

„Mein Einziggeliebter! — Mein Leben! — Mein Alles!“

Die Jugend forderte ihr unabwiesbares Recht. Um für eine Reihe unvergeßlich seliger Minuten vergahen sie alles, was sie hatten erdulden müssen, um der Wonne dieses Augenblicks teilhaftig zu werden — verloren in selbst der düsteren Majestät des Todes, die noch in ihre schwarzen Pfitte über das Rüttlingsche Dams an keine Bewohner gebreitet hatte.

Fortsetzung folgt.

Dem Unglück an der Fähre in Eßlingen sind bis jetzt 21 Personen zum Opfer gefallen, deren Leichen so borgen sind. Vermißt werden noch etwa zehn Personen. Die übrigen sind gerettet. Die Mehrzahl der Verunglückten stammt aus Eßlingen. Statt der üblichen 30 Personen waren mehr als doppelt so viele auf dem Boot. Infolge der Überlastung neigte sich das Fahrzeug in der Mitte des Flusses ein wenig auf die Seite, worauf die Insassen im ersten Schrecken auf die andere Seite brängten, wodurch das Boot kenterte.

Deutscher Heeresbericht.

Magen des Wolffischen Telegraphen-Bureau.
Großes Hauptquartier, 1. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von Zeter und Dranover zu größerer Festigkeit auf.

Frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte versuchten vergeblich gegen Dranover vorzudringen. Im mehrfachen Ansturm brach in unserem Feuer zusammen. — Auf dem Schlachtfeld beiderseits der Somme führten wir erfolgreiche Erkundungen durch. — Fortschritte in die feindlichen Linien südwestlich von Noyon und über den Döle-Wisne-Kanal bei Baresnes brachten mehr als 50 Gefangene ein. — An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland. In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind, unsere Linien nordöstlich von Tawastehus und bei Rautu zu durchbrechen. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

Finnländische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Ukraine. In der Krime haben wir Feodosia kampflos besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Beute in der Westschlacht.

Mit der Eroberung des Kemmelmassivs hat sich die deutsche Beute in der Westschlacht bis zum 1. Mai auf über 127 000 Gefangene und mehr als 1600 Geschütze gesteigert. Besonders erwähnenswert ist, daß die am Kemmel eingebrachten Gefangenen zum ganz überwiegenden Teil den Elite divisionen der französischen Armee angehören. Auch die nach vielen Tausenden zählenden Maschinengewehrbeute ist wieder um einige Hundert vermehrt.

Keine Hoffnung auf Amerika!

Die Londoner „Times“ bringt einen längeren Artikel über die Teilnahme Amerikas am Kriege, in dem vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt wird. Es heißt da u. a.: Senator New habe erklärt, daß von den 12000 Flugzeugen, die Verhinderung bis 1. 7. erhalten sollte, bis dahin nur 37 ablieferungsfähig sein werden. Senator Lodge stellte fest, daß in den der Kontrolle des amerikanischen Schiffsahrtsweges unterstellten Werften nur zwei Frachtschiffe fertiggestellt sind, und daß es dem Kriegsdepartement, obwohl es ein halbes Jahr mit Versuchen, einen verbesserten Typ des französischen Feldgeschützes herzustellen, vergeblich, nicht gelungen ist, eine geeignete Waffe anzufertigen, so daß jede Kanone in Verhinderung Linien britischen oder französischen Fabriken entstammt.

Der Artikel schließt: Wir freuen uns der moralischen Unterstützung des amerikanischen Volkes und hoffen, daß seine unendlichen Ressourcen und unbefriedbare Energie unsern Sieg schließlich entscheidend machen werden, aber wir müssen verstehen, daß auf Monate hinaus die Bürde die deutschen Angriffe abzuwehren, weiterhin von Frankreich und England getragen werden muß.

Unsere tägliche U-Boot-Beute.

28 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 1. Mai.

Amlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet um England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch Versenkung von 28 000 Br.-Reg.-Tz. schwer geschädigt.

Der Hauptanteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant z. S. Steinbock. Das von ihm besetzte Boot hat im Armeekanal allein 6 Dampfer mit zusammen 23 000 Br.-Reg.-Tz. versenkt. Alle Dampfer, darunter 2 Schiffe von je 6000 Br.-Reg.-Tz. waren tiefbeladen und stark gesichert. Drei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein neues englisches Sperrgebiet.

Das holländische Auswärtige Amt teilt mit, daß die britische Admiralität die Sperrzone auf der Nordsee wieder ausgedehnt hat, und zwar auf der Höhe von Ulsire quer über die Nordsee nach den Orkney-Inseln. Hierdurch wird die Holland gestattete freie Fahrt zwischen Bültsford und Selbstverfüßer erheblich beeinträchtigt oder vielleicht völlig unversendbar gemacht.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 1. Mai. Der Vater des gefallenen Fliegers Rittmeister v. Richtofen erhielt Beileidstelegramme vom Kaiser, vom König von Bayern, vom König von Sachsen, vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg und von Generalquartiermeister Ludendorff.

Stockholm, 1. Mai. Durch die Einnahme von Wiborg hat das finnische Meer die letzte starke Wehr des Feindes verloren.

Safel, 1. Mai. Die Kommandanten der in Sebastopol ankernden russischen Kriegsschiffe haben sich bereit erklärt, die Stadt kampflos den ukrainischen Truppen zu übergeben.

Regano, 1. Mai. Nicht weniger als 217 italienische Generale sind bisher im Kriege abgesetzt worden.

Deutscher Reichstag.

(155. Sitzung.)

OB. Berlin, 1. Mai.

Der Reichstag trat heute nach mehrtägiger Pause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Der mit Haft oder Gefängnis bedroht, der durch Verrücktheit u. v. a. andere zum Anschluß an Verabredungen zur Erhaltung besser entlohnter Arbeit zu bestimmen sucht.

Abg. Beder-Arnberg (Str.): Die Vorlage entspricht einem alten Wunsch der Reichstagsmehrheit. Der Paragraph war zu einer Ausnahmebestimmung für die Arbeiter geworden, die mit Haft oder Gefängnis belegt werden konnten für Vergehen die jeder andere mit Geld büßen konnte.

Abg. Ebert (Soz.): Es hat lange gedauert, bis sich die Regierung von dem Ausnahmecharakter des Paragraphen hat überzeugen lassen. Hoffentlich findet nun dieses trübe Kapitel innerpolitischer deutscher Entwicklung, das so verhängnisvoll gewirkt hat, seinen Abschluß.

Abg. Dove (Rp.): Auch wir sind für sofortige Annahme der Vorlage. Das Strafgesetzbuch schützt Arbeitswillige genügend gegen Bestrafungen und Beleidigungen. Im Wirtschaftskampf sollen die Waffen wenigstens annähernd gleich sein.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die überwiegende Mehrheit meiner Fraktion wird für die Vorlage stimmen, die sie als eine politische und soziale Notwendigkeit ansieht.

Abg. Schiele (Konf.): Wir haben Bedenken und machen das allgemeine Unheimen nicht mit. Wohin soll die Reiz noch gehen. Früher waren selbst die christlichen Gewerkschaften für Verteilung gegen sozialdemokratischen Terror. Die Auf-

hebung des § 153 bedeutet geradezu die Aufrichtung der Herrschaft der Streikgewerkschaften.

Abg. Behrens (Dsch. Frakt.): Unlernen halten wir für keine Schande. Wir schulden den Gewerkschaften viel Dank. Manche Zwangsmaßnahmen gewisser Kartelle haben dem Mittelstande mehr geschadet, als die wildesten Arbeiterorganisationen.

Abg. Legien (Soz.): Wir bewundern den Mut der Konventionen, gegen das ganze Haus, an der Ablehnung der Vorlage festzuhalten.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Nachdem damit diese für das gewerbliche Leben so bedeutungsvolle Vorlage so gut wie erledigt ist, wird die zweite soziale Vorlage der Regierung in Angriff genommen, es beginnt

Beratung des Arbeitskammergesetzes.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Schr. vom Stein: Auch zum Wirtschaftskriege nach dem Kriege gilt es die Kräfte zu sammeln. Der vorliegende Gesetzentwurf soll zu der notwendigen Regelung der Arbeitsverföhrung verhelfen. Besondere Bedeutung wird nach dem Kriege die Arbeitsvermittlung haben, die in engstem Einvernehmen mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgebaut werden soll. Auch hier haben die Arbeitskammern mitzuwirken. Wir haben an ihrer sachlichen Förderung festgehalten, weil sie so am besten ihren Zweck werden dienen können.

Abg. Schiffer-Bortke: Wir brauchen nicht Rots darauf zu sein, daß seit den Kaiserlichen Erlassen, die vor 28 Jahren die Errichtung von Arbeitskammern versprochen, so lange Zeit verstrichen ist. Eingehende Prüfung bedarf die Frage der besonderen Abteilungen für kaufmännische und technische Angestellte. Die Vorlage begnügt sich, aber wir verlangen in wesentlichen Punkten ihre Erweiterung. Redner beantragte die Vermittlung an einen besonderen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Abg. Legien (Soz.): Leider ist in dem Gesetz an verdeckter Stelle der Versuch gemacht, eine Art Streikverbot für die Arbeiter der Eisenbahn- und Postverwaltung einzuführen. Mit einem Nebenab die wichtige Frage lösen wir wollen, ist doch eine starke Leistung. Im Grunde ist nur der alte Gesetzentwurf wieder vorgelegt worden. Warum ist man den Wünschen des Reichstages so wenig entgegengekommen? Warum hat man nicht Zeit gehabt, einen neuen, den Bedürfnissen unserer Tage entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten? Bedenklich ist, daß die Landarbeiter in das Gesetz nicht einbezogen sind. Von der Ausschussberatung erwarten wir gründliche Veränderungen.

Abg. Weinhausen (Rp.): Die Vorlage hat doch nicht lauter Schattenseiten, wie der Vorredner annimmt. Gewiss sind die Lehren und Aufgaben der letzten Zeit nicht überall berücksichtigt, aber die Regierung gibt den Arbeitern doch endlich eine öffentlich-rechtliche Vertretung. Den beruflichen statt des territorialen Aufbaus lehnen wir auch nicht so von vorn herein ab, wie der Abg. Legien.

Abg. Jäger (natl.) behauptet, daß in der Vorlage die Eisenbahnarbeiter übergangen worden sind. Hier müsse das Verhängnis noch nachgeholt werden.

Abg. Dr. Wildgrube (Konf.): So tiefe Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern, wie die Gewerkschaften es planen machen wollen, gibt es nicht. Das deutsche Volk ist keine Zweifelt, sondern eine Einheit; davon muß man ausgehen, wenn man das so wichtige Arbeitskammergesetz in Angriff nehmen will. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten sind meine Freunde für die berufliche Gliederung.

Abg. Behrens (Dsch. Frakt.): Sehr befriedigend ist die Vorlage nicht; sie ist ein Stückwerk, das die Zustände aber verbessert. Fakultative Arbeitskammern sind nicht denkbar, sie müssen obligatorisch und nach meiner Meinung auch territorial abgegrenzt sein. Für die Landarbeiter ist die Vorlage ein Vorschlag ins Gesicht. Hierauf verläßt sich das Haus auf morgen.

Die Wahlrechtsfrage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Fortsetzung der zweiten Lesung.

(156. Sitzung.)

OB. Berlin, 1. Mai.

Der Besuch des Hauses ist heute zu Beginn der Sitzung wesentlich schwächer als gestern. Am Regierungstisch sieht man die Minister Dr. Friedberg und Drenow. Zunächst werden fünf neu eingetretene Mitglieder in der üblichen Weise vereidigt. Dann wird die allgemeine Aussprache bei § 1 bis 3 fortgesetzt.

Der nationalliberale Antrag für das Zweistimmenrecht.

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit.) Diejenigen meiner politischen Freunde, die hinter mir stehen, halten an ihrem Widerstand gegen die Vorlage der Regierung fest. (Beif. Beifall rechts, ironischer Zuruf links. Bravo! rechts.) Wir haben insbesondere die Befürchtung, daß wenn die Vorlage Gesetz werden würde, die sozialdemokratische Partei sehr stark werden wird. Wenn das Wachstum der Summe der sozialdemokratischen Stimmen in Preußen in dem Maße andauert, wie sie nach den letzten Reichstagswahlen angewachsen waren, dann wird die Zahl der sozialdemokratischen Mandate derart anschwellen, daß sie in absehbarer Zeit mit den Voten und Werten die Mehrheit im Abgeordnetenhaus haben werden. (Zustimmung rechts.) Ich tue der fortschrittlichen Volkspartei kein Unrecht, wenn ich sie in nahe Verbindung mit der Sozialdemokratie bringe. (Zustimmung rechts und bei einem Teil der Nationalliberalen.) Wir stehen vor einem

Erstwahlbündnis der Fortschrittler mit der Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Dadurch wird die Macht der Sozialdemokratie außerordentlich zunehmen. Wenn die Sozialdemokratie die nationalen Notwendigkeiten anerkennt und die monarchischen Gefühle nicht verletzt, ist sie für uns eine politische Partei, mit der wir verhandeln können. Aber sie wird vermutlich wirtschaftlich eine Politik treiben, die für den Staat unmöglich ist. (Zustimmung rechts.) Dann

die Polenfrage.

Was will die Regierung gegen diese Gefahr tun. Der Redner äußert Befürchtungen für die Ausdehnungspolitik bei einer anderen Zusammenkunft des Hauses. Alle diese Bedenken zwingen uns, unseren Widerstand gegen die Regierungsvorlage aufrechtzuerhalten. Wir sagen uns nun, daß das Mehrstimmrecht das Ausschusses nicht allzuviel Aussicht auf Annahme hat. Das Unannehmliche der Regierung ist allerdings noch nicht ausdrücklich ausgesprochen. (Widerpruch links.) Wir haben daher einen Antrag auf Einführung des Zweistimmrechts eingebracht. Die ganze Presse, mit wenigen unheimlichen Ausnahmen, hat zugegeben, daß er eine sachliche Annäherung an die Regierungsvorlage bedeutet. Der Ministerpräsident hat meinen Antrag noch nicht völlig abgelehnt. Ich hoffe, daß in Erwägung der furchtbaren Ereignisse, die ein Wahlkampf im Volke hervorrufen würde, die Regierung zu Verhandlungen bereit sein wird. Wir beschränken also, daß die Annahme dieses gleichen Wahlrechts ein schwerer Rückschlag des ganzen öffentlichen Lebens herbeiführen wird. Preußen wird auch unter dem gleichen Wahlrecht nicht untergehen. (Wort, hört! links.) Wir möchten aber, daß es Preußen nicht unmöglich gemacht wird, eine weithin sichtbare Stätte von Recht und Kultur und wirtschaftlicher Freiheit, die nicht durch die Demokratie gewährleistet wird, zu sein. (Stürmische Zustimmung auf der Rechten und bei einem Teil der Nationalliberalen.)

Zweistimmenrecht unannehmbar für die Regierung.

Minister des Innern Dr. Drenow: Wir müssen darauf halten, daß der Kampf der politischen Meinungsverschiedenheiten in lokalen Formen geführt wird. Die Antwort des Vizepräsidenten auf die Frage des Abg. v. Drenow, daß der König bei Erlass der Verfassung vom 11. Juli v. J. dem unterrichteten gewesen wäre, daß zwischen der überlegenen Mehrheit des Abgeordnetenhauses eine Vereinbarung über ein Wahlrecht zustande gekommen sei, das Aussicht auf Annahme hatte, wurde als unklar bezeichnet. Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzis geantwortet: Ja. (Zustimmung links.) Klarer und deutlicher konnte die Antwort nicht sein. Als vor die Frage der Annahme eines Ministeramtes gestellt wurden, mußten wir uns darüber schlüssig werden, was uns als nächste und wichtigste Aufgaben der inneren Politik und das war in Preußen die Wahlrechtsfrage — betrachteten. Wir haben uns der Lage gegenüber, daß die Allerhöchste Verfassung ergangen war. Wir alle, die wir bereit waren, ein Ministeramt zu übernehmen, waren der Überzeugung, daß die Lage der Dinge unbedingt erfordere, daß nicht eine Vorlage des gleichen Wahlrechts gemacht würde, sondern auch, daß die Regierung mit aller Energie und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintrete, daß sie auch Gesetz würde. Es war nicht bloß eine formelle Wendung, weil die Verfassung da war, die uns dazu nötigte, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums und der Regierung, daß wie die politische Lage einmal war, so gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgedrückt werden mußte. (Beifall links.)

Ein leiser Zweifel schien aus den Ausführungen des Vorredners darüber hervorzuleuchten, ob der Ministerpräsident gestern richtig und wirklich den Antrag Lohmann für die Regierung unannehmbar bezeichnet habe. Es darüber noch ein Zweifel obwalten, so möchte ich ihn dahin heben, daß dieser Antrag für die Regierung unannehmbar ist. (Beif. Beifall links.)

Es kommt dabei ein platonischer Einfluss zum Ausdruck. Auch bei den anderen Momenten, die für eine Wahlrechtsfrage nachgebend sein sollen, kommt selbst da, wo das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt wird, nämlich wo den Arbeitern eine Stimme gegeben werden soll, eine gewisse Erwiderung in Betracht. Da das Moment nicht in dem Willen des Reichstages liegt und deshalb niemals feststeht, ob der einmal in seinem Leben eine Mehrheit bekommen hat, bezüglich der

Wirkung auf die Ostmarkenpolitik.

wurde bezweifelt, daß die Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten richtig seien, wonach auch bei dem von der Kommission vorgeschlagenen Wahlstimmrecht eine Mehrheit für die bisherige Ostmarkenpolitik nicht vorhanden sein würde.

Abg. Bachmiste (Rp.) wendet sich gegen den Antrag Lohmann und tritt entschieden für das gleiche und allgemeine Wahlrecht ein. Es sei Schuldhaftigkeit der Minister, die Idee der Krone durchzuführen. Die Ablehnung der Regierungsvorlage würde große Unruhe im Lande wachrufen.

Abg. Dr. v. Heydebrand (Konf.) bemerkt zur Klärung, daß aus den Reihen seiner Freunde dem Wunsch des Innern, Dr. Drenow, nicht der Vorwurf der Angst vor Sozialdemokratie gemacht werden sei.

Abg. Dr. Kahlke (Fr.) erklärt, die Mehrheit seiner Fraktion werde das allgemeine und gleiche Wahlrecht, wie es die Regierungsvorlage wolle, ablehnen. Für eine Ausbesserung des Gesetzes könne die Regierung kaum die Verantwortung auf sich nehmen.

Abg. Dirich (Soz.) wendet sich scharf gegen das sozialistische Mehrstimmrecht, das die größte Ungerechtigkeit gegen die Kriegsteilnehmer sei.

Abg. Ströbel (U. Soz.) spricht besonders gegen die Aufhebung des Wahlalters.

Die Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage findet morgen statt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, nehmen die deutsch-holländischen Verhandlungen einen günstigen Verlauf, so daß mit einem befriedigenden Abschluß in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. In der Berliner Blatt ist u. a. behauptet worden, Deutschland stelle die Forderung auf Durchführung von Kriegsanleihe. Demgegenüber wird im Haag auf das bestimmte versichert, daß die deutschen Forderungen die Durchführung von Kriegsmaterial, also Kanonen, Munition, Flugzeugen und nicht enthalten. Gefordert wird nur die Durchführung von Artikel, die völlerrechtlich einwandfrei sind. — Londoner „Daily News“ behauptet, daß zwischen Deutschland und Holland eine Einigung über die Durchführung von Sand und Kies so gut wie erzielt ist.

+ Die Erhöhung der direkten Steuern in Sachse wird dem Landtage von der Regierung in einem Antragstet vorgeschlagen. Danach soll die Grundsteuer um 100%, die Einkommensteuer (Einkommensteuer) um 20% und die Einkommensteuer bei Einnahmen von 16 000 Mark ab wachsend bis 100% erhöht werden, welcher Steuer bei Einnahmen von 200 000 Mark erreicht wird. In Aktiengesellschaften usw. sollen nach der Vorlage unterhalb des Betrages der physischen Personen entrichtet werden.

+ Der Hauptausschuß des Reichstages begann Mittwoch die Beratungen der Steuerentwürfe. In den Besprechungen kam besonders der Wunsch nach Erhöhung der Luxussteuer zum Ausdruck. Reichswirtschaftsminister Roedern meinte, eine solche Erhöhung durch Bundesgesetzverordnungen könne nur herbeigeführt werden, wenn Reichstag sie ausdrücklich fordert. Sodann wurde die Beratung der Reichsabgaben für die Post- und Telegraphengebühren länger Zeit über die Postfreiheit für den Fernverkehr. Die Anträge auf Abänderung eines Tarifgesetzes geben an einen Unterausschuß. Die Sitzung ist Donnerstag.

+ Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf über die Niederschlagung von Unterführungen gegen Kriegsteilnehmer zugegangen. Durch diesen Gesetzentwurf wird das seit dem 4. April 1915 bereits bestehende Gesetz über die Niederschlagung von Unterführungen gegen Kriegsteilnehmer dahin geändert, daß nicht nur Soldaten, die „vor“ der Einberufung zu den Fahnen, sondern auch mehr auch „während“ derselben begangen wurden, in Unterführungen Anlaß geben, niedergeschlagen zu werden. Und zwar niedergeschlagen, bis zur Beendigung des Krieges“. Dadurch wird der Zwang zur Einleitung von Militärverfahren aufgehoben.

+ Bei den Verhandlungen über das deutsch-holländische Wirtschaftsabkommen herrschen noch unannehmliche Meinungsverschiedenheiten. Von deutscher Seite wird eine Erhöhung des Kohlenpreises von 20 auf 30 Mark 1800 Franc für die Lonne verlangt und zwar unter der Grundlegung einer Staffelform nach der Art der Kohlen nach ihrem Bestimmungszweck. Rahgebend für die Forderung ist, daß die Gegenleistungen der Holländer folge der zunehmenden Einengung des Landes seitens der Entente immer geringer und fraglicher werden. Ein wichtiger Punkt der Verhandlungen betrifft die

neuen Kontrollorganen zuzunehmen der Zentral-
mächte, ähnlich der von der Entente zu ihren Gunsten
jetzt in Leben gerufenen.

Die Neugestaltung des Auswärtigen Dienstes ist
vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Angriff
genommen worden. Er hat zunächst angeordnet, daß die
vor einiger Zeit von ihm eingesetzte Kommission mit Sach-
verständigen aus den Berufsständen in Verbindung treten
soll, die an der Lösung der der Kommission überwiesenen
Aufgabe interessiert sind. Die bisherigen Beratungen der
Kommission haben sich von vornherein nicht nur mit dem
umfassenden Aus- und Umbau des Auswärtigen Amtes
selbst, sondern auch mit einer grundlegenden Neuordnung
des diplomatischen und des konsularischen Dienstes be-
schäftigt. Die geplante Veranziehung weiterer Kreise soll
diesen Gelegenheiten bieten, ihre mannigfachen Erfahrungen
auf dem großen Gebiete der deutschen Auswärtigen Angelegenheiten
in den Dienst der Sache zu stellen und ihren Vorschlägen
Beachtung zu verschaffen.

Osterreich-Ungarn.

Die dynastische Frage in Rumänien wird nach
Wiener Berichten von der österreichisch-ungarischen Re-
gierung trotz aller gegenteiligen Strömungen nach wie vor
als eine innerpolitische Angelegenheit Rumäniens betrachtet.
Die Blätter betonen, daß alle über diese Angelegenheit

Großbritannien.

Die Lage in Irland gestaltet sich immer schwieriger.
Während hunderttausend von Sinnfeindern den Eid leisten,
sich mit allen Mitteln der Einführung der Dienstpflicht
zu widersetzen, rüstet sich die (protestantische) Proving
Ulster, der Einführung der Selbstverwaltung in Irland
bewaffneten Widerstand zu leisten. Die englische Re-
gierung ist so in eine arge Bedrängnis geraten. Ganz
Irland ist gegen die Dienstpflicht und ein nennenswerter
Teil gegen die Selbstverwaltung. Eine „Lösung“ der
irischen Frage erscheint deshalb ebenso unmöglich als die
von der englischen Herrschaft so heißersehnte Restru-
kturierung auf der armen Insel.

Osterreich-Ungarn.

In einer stark beschwerten Verammlung in Lofositz
panden sich die Deutsch-Böhmen gegen den Minister-
präsidenten Dr. Seidler. Es wurde eine Entschließung
gefaßt, die dem Ministerium Seidler schärfsten Kampf
gegen seiner tschechenfreundlichen Politik anzeigt und den
sofortigen Rücktritt des Ministerpräsidenten verlangt. Ein-
schließlich der Ernährungsfrage soll die Hilfe des Deutschen
Reiches angerufen werden, wenn von Wien aus keine
energischen Maßnahmen zur Abwehr der Ernährungsnot
getroffen werden.

Frankreich.

Bei der Eröffnung der Kammer stellten die Ab-
geordneten einstimmig fest, daß im Lande Ruhe und Ver-
trauen herrsche. Die Moral der französischen Armee sei
glänzend. Auch die Adressen der Departementsräte geben
die Gefühle des Landes wieder und sind voller Bewunde-
rung für die Tapferkeit der französischen Armee und der
Armeen der Bundesgenossen. Regierung und Volk ver-
lassen sich vollkommen auf den Oberbefehlshaber.

Rußland.

Die Gerüchte von einem Umsturz in Rußland,
die von verschiedenen ausländischen Blättern verbreitet
werden, sind unkontrollierbar, da Petersburg von jedem
Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten ist. Allen An-
schein nach hat sich unter dem Druck anarchoisierender
Elemente eine Annäherung der Bolschewisten an die Bürger-
lichen vollzogen, wie sie von Lenin schon seit längerer Zeit
geplant ist. Letztere ist, daß infolge der zunehmenden
Hungersnot in Petersburg Revolten stattfinden, die von
Anarchisten zu einem Putsch ausgenutzt werden sollten.
Die Anarchisten sind aber angeblich entwaffnet worden.
Ein klares Bild der Lage wird man erst gewinnen können,
wenn wieder direkte Nachrichten aus Petersburg ein-
treffen.

Amerika.

Der Generalstaatsanwalt von New York hat dem
Komitee der neuen Freiheitsanleihe eine Liste von 30000
Besitzern der Kriegsanleihen der Mittelmächte über-
geben. Man beabsichtigt, um den Erfolg der neuen Anleihe
zu sichern, an diesen 30000 Bürgern der Vereinigten
Staaten Erpressungen zu begehen. Sie sollen gezwungen
werden, mindestens ebensoviel Freiheitsanleihe zu zeichnen,
als sie deutsche oder österreichische Anleihen gezeichnet
haben.

Nah und fern.

Kronprinz Wilhelm, Hindenburg und Ludendorff
Brücke. Der Kaiser hat befohlen, daß die Rhein-Eisen-
bahnbrücke bei Engers, die der Landesverteidigung wichtige
Dienste geleistet hat, den Namen Kronprinz Wilhelm-
Brücke führen soll. Die neue Rheinbrücke bei Radesheim
soll nach dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg benannt
werden, die Rheinbrücke bei Remagen nach dem General
Ludendorff.

Abbruch der S. E. G. Die S. E. G. teilt gegenüber
Mittelungen, die ihr Riesengewinn andichten, mit: „Das
erste Geschäftsjahr der S. E. G. (1915) hat bei einem
Umsatz von vielen Hunderten von Millionen Mark
mit einem Gewinn von 330 000 Mark abgeschlossen. Der
Abbruch des zweiten Geschäftsjahres (1916) hat wieder
einen Gewinn noch einen Verlust aufgewiesen. Die
Bilanz würde infolge des Ausbruchs des Krieges mit
Rumänien einen Verlust von Millionen ergeben haben,
wenn sich nicht das Reich bereit erklärt hätte, den durch
diesen Krieg entstandenen Verlust zu decken. Der Abbruch
des dritten Geschäftsjahres (1917) liegt noch nicht vor.
Die Annahme, daß er einen großen Gewinn aufweisen
würde, ist haltlos.“

Eine friedensfreundliche Millionärin. In Rams-
büttel ist die Frau des Millionärs Phelps Stokes ver-
heiratet und angeheiratet worden, weil sie in einem Briefe an
die Redaktion einer Parteizeitung geschrieben hatte, der
Krieg diene Ausbeutern, sie aber diene dem Volk, darum
sei sie gegen Regierung und Krieg. Auch soll sie pazif-
istische und englandfeindliche Reden gehalten haben. Die
Angeklagte wurde gegen Bürgschaft von 40 000 Mark vor-
läufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Erfinder des künstlichen Nebels. Bei dem
militärischen Angriff auf Seebrücke ist der Hauptmann Artur
Kraus, der Erfinder des künstlichen Nebels, der gerade
in diesem Angriff zum erstenmal erfolgreich zur An-
wendung gelangte, gefallen. Er war bei einem englischen
Angriffswagen und verlor bei einem Angriff auf die Mole
sein Leben.

1918er Weinpreise. Wie aus Würzburg berichtet
wird, sind in mehrbätigen Verhandlungen zwischen der
Behörden und Vertretern des Weinbaues und Weinhandels
die Preise für den 1918er Wein vorläufig bestimmt worden.
Als Grundlag soll der Herbstpreis für 1917 gelten, dazu
kommt ein Aufschlag für den Großhandel um 30% und
ein Aufschlag für den Einzelhandel von 50% als Spiel-
raum. Eine Verbilligung der Frankenweine ist damit
natürlich nicht erzielt.

Schwerer Unfall auf einer Fähre. Oberhalb Eß-
lingen stürzte auf dem Neckar eine mit mehr als 60 Per-
sonen besetzte Fähre um; sämtliche Personen stürzten ins
Wasser. Viele konnten sich selbst retten, andere wurden
von herbeigeholten Booten aus dem Wasser gezogen. Bis
jetzt wurden 14 Leichen geborgen. Man nimmt an, daß
insgesamt 20 bis 30 Personen bei dem Unfall ums Leben
kamen.

1800 Mark für einen Wurf Ferkel. In Biede-
r-Hannover verkaufte ein Landwirt einen Wurf Ferkel
von 12 Stück zum Preise von 5 Mark für das Pfund.
Da die Tiere durchschnittlich 30 Pfund das Stück wogen,
also zusammen 360 Pfund, ergibt der Gesamtverlös 1800
Mark, ein Preis, der sonst für 12 Stück je 300 Pfund
schwere Schweine kaum erzielt wurde.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 1. Mai. Der Kronprinz von Bulgarien hat
jetzt Berlin passiert und sich nach dem Kaiserlichen Haupt-
quartier begeben.

Berlin, 1. Mai. Der freisonverbundene Landtagsabgeord-
nete v. Kardorff, der im Gegensatz zu seiner Fraktion auf
dem Boden der Regierungsvorlage betr. das gleiche Wahl-
recht für Preußen steht, ist aus der Partei ausgeschieden.

Berlin, 1. Mai. Im Ernährungsausschuß des Reichs-
tages wiederholte heute Staatssekretär v. Balduw seine
Erklärungen über den Stand unserer Ernährung aus dem
preussischen Abgeordnetenhaus vom 27. April.

Berlin, 1. Mai. Der christlichsozialen Reichstagsabgeord-
nete Dr. Burkhart, Wahlkreis Dillenburg-Herborn, will
sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niederlegen. Als sein
Nachfolger ist Direktor Teubert vom Replerbund in Godesberg,
christlich-sozial, in Aussicht genommen.

Osag, 1. Mai. Auf der Konferenz der englischen Arbeiter-
partei mit den Vertretern der amerikanischen Arbeiter wurde
eine Einigung über die internationale Konferenz nicht
erzielt.

Wien, 1. Mai. Das rumänische Kriegsministerium unter-
sucht gegenwärtig die Unterhaltungen des ehemaligen
Ministerpräsidenten Bratianu in Höhe von 11 Millionen Lei
anlässlich des Ankaufs eines russischen Depots.

Sofia, 1. Mai. Die „Deutsche Ballanzeitung“ erzählt,
daß der Friedensvertrag zwischen Rumänien und den
Mittelmächten in wenigen Tagen abgeschlossen und unter-
zeichnet sein werde.

Genf, 1. Mai. Vor dem Pariser Gericht hat der Hoch-
verratsprozeß gegen die Redakteure des „Bonnet Rouge“
begonnen, die beschuldigt werden, von Deutschen während
des Krieges Geld zu geheimen Zwecken empfangen zu haben.

Unglücksfälle.

Drach- und Korrespondenz-Meldungen.

Fünf gesunkene Dampfer versenkt.

Berlin, 1. Mai. Amstisch wird gemeldet: Im westlichen
Mittelmeer versenkte neuerdings ein U-Boot, Kommandant
Kapitänleutnant Kisting, bei schwerem Wetter 5 Dampfer
von zusammen etwa 26 000 Gr.-Reg.-T. Alle Dampfer
waren gesunken, vier von ihnen tief beladen.

Der österreichische Votschastler beim Reichskanzler.

Berlin, 1. Mai. Der österreichisch-ungarische Votschastler
Brins zu Hohenlohe-Schillingfürst machte gestern dem Reichs-
kanzler Dr. Grafen v. Hertling einen Besuch.

Keine Gegenrevolution in Rußland.

Berlin, 1. Mai. Wie die hiesige russische Votschaft mit-
teilt, entbehren die dieser Tage verbreiteten Nachrichten über
eine Gegenrevolution in Rußland jeder Grundlage. Die
Votschaft erklärt, daß sie in ständigem, ununterbrochenem
Verkehr mit Moskau stehe und über alle Vorgänge auf dem
laufenden erhalten werde.

In Petersburg alles beim alten.

Kopenhagen, 1. Mai. Aus Washington wird gedruckt:
Das Staatsdepartement erhielt am letzten Sonnabend vom
amerikanischen Votschastler in Petersburg ein Telegramm,
worin nicht erwähnt wird, daß die Jarenanhänger wieder
die Macht an sich gerissen haben.

Vor dem russisch-ukrainischen Frieden.

Wien, 1. Mai. Der hier eingetroffene ukrainische Ge-
sandte erklärte, daß in den nächsten Tagen in Kursk der
Friede zwischen Groß-Rußland und der Ukraine ab-
geschlossen werden soll.

Bahnhof Dagebrouk unter deutschem Feuer.

Berlin, 1. Mai. Der Bahnhof Dagebrouk lag gestern
unter zusammengefaßtem deutschen Feuer. Einwandriel
wurde starke Wirkung festgestellt. Mehrere Brände sind
beobachtet.

Niederhafte Schanzentätigkeit der Franzosen.

Berlin, 1. Mai. An der Front zwischen Oise und Aisne
sehen die Franzosen ihre heftigste Schanzentätigkeit fort. Diese
Arbeiten sind infolge des deutschen Feuers, das mit gleicher
Heftigkeit auf Anmarschwegen, Ostschiffen und Unterständen,
Infanterie- und Artilleriestellungen liegt, für die Franzosen
mit außerordentlichen Verlusten verbunden. Die Franzosen
erwidern vor allem das Feuer auf die Ostschiffen und haben
bereits die Städte Mondivier, Ronon und Rone sowie zahl-
reiche Dörfer in wüste Trümmerhaufen verwandelt.

Amerikanische Flieger auf Hospitalschiffen.

Berlin, 1. Mai. Die amerikanischen Flieger kommen als
Mitglieder des amerikanischen Roten Kreuzes auf Hospitals-
schiffen nach Europa. Dieser Mißbrauch des Roten
Kreuzes geht offenkundig aus Dokumenten hervor, die ab-
geschossenen amerikanischen Fliegern abgenommen wurden.
Die Gefangenen geben unumwunden zu, daß es allgemein
üblich sei, daß die Flieger für die Überfahrt in den ameri-
kanischen Ambulanddienst eintreten und auf Hospitalschiffen
herüberkommen.

Die Ruinen von Opern.

Büch, 1. Mai. Der „Bücher Anzeiger“ berichtet: Die
englische Seereschiffahrt hat sich in den letzten beiden Tagen
gezwungen gesehen, ihre Stellung im Ozeanbogen noch weiter
auszubauen. Das ganze, von den Engländern in 16 Schlachten
gewonnene Gelände ist heute von ihnen wieder ausgegeben.
Die Ruinen von Opern liegen bereits im Bereich der
deutschen Selbstartillerie. Die Umklammerung hat jetzt ihres
Höhepunktes erreicht.

Grafen Kurnen in Marokko.

Genf, 1. Mai. Aus verschiedenen Mitteilungen der fran-
zösischen Presse ist zu erkennen, daß in Marokko eine schwere

Aufstandsbewegung im Gange ist. Die französische Re-
gierung im Lande konnte nicht verhindern, daß der frühere
Sultan die Scheichs zu einer Erhebung gegen Frankreich
Gewaltbereitschaft aufforderte. Es sollen bereits Kämpfe statt-
gefunden haben, die für die Franzosen ungünstig ver-
laufen.

Wilson Diktator?

Kopenhagen, 1. Mai. Die „Times“ meldet aus
Washington, es sei möglich, daß der Kongress heute ein
Gesetz annimmt, das Wilson Diktatormacht verleiht bezüg-
lich der Fortführung des Krieges. Der Änderungsantrag,
der die Wahl- und Finanzgebiete von der diktatorischen Macht
für den Präsidenten auszuschließen, wurde abgelehnt.

Gerard als Filmschauspieler.

Osag, 1. Mai. Der hiesige Vertreter der Dtsch. Kriegsges-
ellschaft seinem Blatte: Der frühere amerikanische Votschastler
Gerard hat sein berühmtes Buch „Der Jahre in Deutsch-
land“ zu einem Kinofilm verarbeiten lassen, wobei er persön-
lich als Darsteller mitwirkte. Die erste Vorstellung des Sen-
sationsmachwerks fand in einem Londoner Theater statt. — Der
Film veranschaulicht die Jährenaffäre, den Besuch der britischen
Flotte in Kiel, die Morbidität von Gerajema, den Kronrat in
Botsdam, den deutschen Einbruch in Belgien mit ungeheuren
Gräueltaten, die Verletzung der „Rustika“, ein ange-
kündigtes Eindringen der Bolschewisten in die amerikanische Votschaft in
Berlin und die verschiedenen Zusammenstöße Gerard's mit
Kathmann, Dollweg und Herrn v. Jagow.

Lotales und Provinzielles.

Verstärkt für den 3. Mai.

Sonnenanfang	5 ⁵⁵	Röndanfang	2 ⁵⁵
Sonnenuntergang	5 ⁵⁵	Rönduntergang	11 ⁵⁵
1849 Max Schmiedeburger, Dichter der „Wacht am Rhein“, geb. — Ehemaliger Reichskanzler Bernhard Fürst Bismarck geb. — 1918 Deutscher Luftangriff auf die englische Ostküste. — Ober- reichlich-italienisches Seesgefecht an der Bosphorus. — 1917 Er- folgreiche Abwehr eines englischen Durchbruchversuches an der Arrasfront.			

Hauverein. Wir wollen nicht verfehlen auch an
dieser Stelle, noch auf die morgigen Abend 8 einhalb Uhr im
Hotel Hammer stattfindende Generalversammlung des gemein-
nützigen Hauvereins hinzuweisen; wir hoffen, daß bis dahin
noch viele Einwohner beitreten und dadurch mit dazu beitragen,
daß die hauptsächlich in der Altstadt bestehenden ungesunden
und unzulänglichen Wohnungsverhältnisse durch den Bau von
Häusern beseitigt werden und die hier mit Siderkeit eintretende
Wohnungsnot nach dem Kriege bald behoben wird. Wie sehr
hier nach besseren Wohnungen verlangt wird und wie groß
das Bedürfnis darnach ist, geht daraus hervor, daß dem Hau-
verein bis jetzt schon 50 Personen aus denjenigen Ständen
beitreten sind, welche heute in räumlich und gesundheitlich
unzureichenden Häusern wohnen und nach besseren Wohnungen
verlangen. Im übrigen liegt es auch sehr im allgemeinen In-
teresse, daß durch den Bau von Häusern Feuerkräftigen Leuten,
von denen eine Stadt nie genug haben kann, die Mög-
lichkeit gegeben wird, sich hier in dieser schönen Gegend dauernd
anzusiedeln. Der Geschäftsanteil beträgt nur 200 M., der
auch in monatlichen Raten von 3 M. an eingezahlt werden
kann; er wird selbstredend vom Tage der Eingehung an ver-
zinst. Namentlich alle gutsituierten hiesigen Einwohner sollten
für diesen gemeinnützigen Zweck einen gewissen Betrag zeichnen.
Selbst wenn sie keinen Wert auf eine Verbesserung ihrer eigenen
zeitigen Wohnungsverhältnisse legen sollten.

Erzeugerhöchster Preis für Frühkartoffeln.
Mit Zustimmung der Reichskartoffelstelle hat die Provinzial-
kartoffelstelle in Kassel für die Provinz Hessen-Nassau den
Frühkartoffel-Erzeugerhöchsterpreis vorerst auf 10 M. für den
Zentner festgesetzt, und zwar zunächst für den Monat Juli.

Die Eierversorgung ist Dank der schärferen Re-
lieferungsmaßnahmen in diesem Jahre eine erheblich bessere
als in den vorhergehenden Jahren. Morgen kommen wir
2-3 Eier zur Verteilung; es empfiehlt sich aber nicht, erst
spätsam mit den empfangenen Eiern umzugehen, aus Be-
sonderheit von Wasser, Salz, Essig und dergl. zu-
rückzulegen; denn wie wir hören, bekommt jede Person wäh-
rend der ganzen diesjährigen Versorgungzeit 25 Eier; wenn
diese verteilt sind, hat die Herrlichkeit ein Ende und die hier-
übergehende Eier kommen in die Großküche, um auch dort
pro Kopf mit je 25 Stück versorgt zu werden.

Der Turnverein unternimmt am Samstag, den
5. Mai seinen diesjährigen Turntag, wozu alle Mitglieder,
besonders die älteren Mitglieder gebeten werden, sich recht
zahlreich zu beteiligen. Der Weg führt über Reibach, Ma-
rienfeld durch das herrliche Wäldchen nach Kassel, von wo
aus die Rückfahrt mit der Bahn angetreten wird. Abmarsch
morgens pünktlich 6.30 Uhr vom Sammelpunkt Felsenkeller.

Lebensmittel.

Von Samstag Nachmittag an kann in den Geschäften
bezogen werden:

Zucker, jede Person 1 Pfund, Schokolade 4 Pfund, Kaffee-
nabe 42 Pfg., Würfelzucker 46 Pfg. das Pfund,
Eier, jeder Kunde bei Berger, Engel, Emil, Frieda und
Otto Eschenbrenner 3 Stück, alle übrigen Personen
2 Stück, a 38 Pfg., Hühnerhälften sind ausgeschlossen.
Butter, jede Person 50 Gramm, 2,25 M. das Pfund,
Graupen- oder Gerste, jede Person 85 Gramm, 42 Pfg.
das Pfund,
Marmelade, sortenfrei 32 Pfg. das Pfund,
Schmierseife mit 8-10 p. Fettgehalt, sortenfrei bei
Berger, Frieda, A. Esen, Pfeffer, Schindlerberger,
Voll, Chr. Wierhard, 2 M. das Pfund.
Zu streichen Nr. 73, 74, 75 und 76 der Lebensmittel-
karte.

Dieserjenigen Hühnerhälften, die keine oder eine ungenügende
Menge Eier abgeliefert haben, erhalten keinen Zucker und sind
die Geschäfte hiervon in nachrichtig.

Marmelade und Schmierseife steht jedem zu, ohne Nach-
sicht darauf, ob die fordernde Person in der Kundenliste steht
oder nicht.

Der Bürgermeister.

Wetterbericht.

Eigener Wetterdienst.

Zunehmende Erwärmung, am Tage schön, Nacht kühl.

Amuliche Befanntmachungen der städtischen Behörden.

Impfung.

Die diesjährige Impfung findet Freitag, den 10. ds. Mts., nachmittags in der Kinderschule statt. Die Erstimpfungen müssen um 2 Uhr, die Wiederimpfungen um 2 drei Viertel Uhr zur Stelle sein.

Der Bürgermeister.

fleisch-Verkauf

am Freitag von 2-5 für A-F beim Rehgerm. Steeg
" Samstag " 2-5 " G-H " Eichenbrenner
" Freitag " 2-5 " I-S " " "
" Samstag " 2-5 " T-Z " " "

Die zur Verteilung kommende Menge hängt beim Rehger aus.

Jeder Fleisch, welches zu den angegebenen Zeiten nicht abgeholt wird, wird ausverkauft veräußert werden.

Braubach, 2. Mai 1918. Die Pol.-Verw.

Ausz. und Brennholz- Versteigerung

in den Distrikten 61 Birmenstrauch, 59 und 60 Buchholz, Gemeindefeld Dachsenhausen, am Freitag, den 3. Mai 12.30 Uhr in Birmenstrauch und 3.90 Uhr in Buchholz.

Es kommen zur Versteigerung:

Distrikt Birmenstrauch

314 Km. Buchenscheit und Knüttel

3110 Buchenwellen

Distrikt Buchholz 59 und 60

54 Km. Radelholzscheit und Knüttel

176 " Kiefern-Schichtnutholz (2,20 m. lang)

416 " Fichtenstangen 1.-3. Klasse mit 20,28 Fm.

218 " Fichtenstämme " 55,86 Fm.

Auf das Kiefern-Schichtnutholz, die Fichtenstangen und -Stämme werden im Termin auch Angebote auf Ganze oder Loosweise entgegen genommen.

Braubach, 24. 4. 18.

Der Magistrat.

Die vorsichtige Hausfrau

sichert sich ihren Bedarf in

Konservengläser und Gummiringen

schon jeht.

Julius Rüping.

In Ermangelung von Düngemittel

officiere:

flüssiges Düng- und Desinfektionsmittel

Kulturack

Medizin für die Pflanzen!

Gebrauchsanweisungen vorrätig.

Chr. Wieghardt.

Wand- und Hand- Kaffeemühlen

in prima Qualität empfiehlt

Jul. Rüping.

Sie sparen

mehr als die Hälfte an Zeit, Seife und Feuerung, wenn Sie sich

Johns „Dolldampf“- Waschmaschine

anschaffen.

Das Kochen, Dämpfen, Waschen und Desinfizieren der Wäsche erfolgt alles auf einmal. Die Wäsche wird weder gerieben, noch gegerbt, noch angebrannt. Der Dampf löst den Schmutz, die beständige Spülung entfernt ihn, er lagert sich am Boden ab und wird nicht, wie bei Holzwaschmaschinen, immer wieder aufs neue in die Wäsche getrieben.

Bedienung kinderleicht

Über 200 000 Stück verkauft.

Gg. Ph. Clos, Braubach.

Küchenbeile und Holzärte

in großer Auswahl

Julius Rüping.

Schöne Auswahl

Korsetts

in nur ganz guter Ware.

R. Neuhaus.

Wir suchen
verkaufliche Häuser

an beliebigen Plätzen mit und ohne Geschäft behufs Unterbreitung an vorgemerzte Käufer.

Befuch durch uns kostenlos. Nur Angebote von Selbstgeigentlichern erwünscht an den Verlag der

„Vermiet- u. Verkaufszentrale“

Frankfurt a. Main,

Danfahaus.

Reinseidene

Regenschirme

für Damen und Herren in bester Friedensware eingetroffen.

Rud. Neuhaus.

Die ersten Lesebücher

— Fibeln —

sind eingetroffen

Buchhandlung Lemb.

Weisse

Blusen

in guten Stoffen und bester Verarbeitung in großer Auswahl vorrätig.

Rud. Neuhaus.

Heston

zu Unterröcken und Hemden — alte Ware —

empfehlen

Geschw. Schumacher.

Spitzenläschen für

Damen

in schwarz, weiß und farbig in reicher Auswahl

Rudolf Neuhaus.

Kaffeebrenner u. Kaffeemühlen

wieder angekommen

Gg. Phil. Clos.

Herrnkragen,
Vorhemden,

Manschetten
und Schlipse

— moderne schöne Sachen —

in großer Auswahl eingetroffen

Rud. Neuhaus.

Vorhang- schlösser

in großer Auswahl empfiehlt

Jul. Rüping.

Taschenlampen und

Batterien

zu haben bei

Julius Rüping.

Vanille-Saucen-Pulver

Palet 15 Pfg.

empfehlen

Jean Engel.

Vogelfutter

in bekannter Güte

Rud. Neuhaus.

Leichte Anleitung z. Anbau, Verarb. und Beizen der Tabakpflanze

z. Rauchtobak 70 Pfg.
Samen, Preise 1 M., Doppel-
preise 1,50 M.

G. Weller, Köstrath (Mld.)

Am 1. Mai Samstags und
Sonntags keine Sprech-
stunden, sonst täglich von
9-12 und 2-4 Uhr.

San.-Rat Dr. Niehues

Spez.-Rat für Magen- und
Darmleiden.

Coblenz, Kaiser Friedrichstr. 8.

Dalli

Glüh- Kohlen

frisch eingetroffen

Julius Rüping.

Fleischextrakt- Ersatz

Marke: Plantor und Ochsen-
empfehlen

Jean Engel.

Küchenlampen, Sturmlaternen, Handlaternen

empfehlen

Julius Rüping.

Knaben- und Kinder- Strohhüten

sowie

Herrn- und Burschen- Strohhüten

zeigt an

Rud. Neuhaus.

Für Schneiderinnen

Hübsche Auswahl
in Spitzen und Ein-
säcken.

Große Auswahl in

Knöpfen

Güte

Chappseide

in farbig a B. 25 Pfg.

Geschw. Schumacher.

Neu eingetroffen.

Spitzenkragen für Blusen und Jacken

in reicher Auswahl äußerst
preiswert.

Rud. Neuhaus.

Herren-Kragen und Schlippen

in großer Auswahl

Geschw. Schumacher

Große Auswahl in

farbiger Seide

zu

Blusen u. Kleider

sehr preiswert.
Geschw. Schumacher.

Der Gemeinnützige Bauverein Braubach m. b. H.

besteht den

Bau oder Erwerb von Häusern u. deren
Ueberlassung an die Mitglieder zu
Miete oder Eigentum.

Der Geschäftsanteil jedes Genossen beträgt 200 M.;
dieser Anteil kann sogleich beim Eintritt beim hiesigen
Vorschußverein voll eingezahlt oder nach und nach durch
Einzahlung von monatlich 3 Mark ergänzt werden.

Die Hufsumme deckt sich mit der Höhe der
Geschäftsanteile.

Näheres durch die bereits beigetretenen Mitglieder
und den Unterzeichneten, bei dem auch Beitrittsbedin-
gungen erhältlich sind.

Schüring, Bürgermeister.

Gemeinnütziger Bauverein. General - Versammlung

am Samstag, den 4. Mai d. Js., abends 8.30 Uhr in
Hotel Hammer.

Tagesordnung:

- 1) Wahl des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
- 2) Verschiedenes.

Beitrittsbedinungen werden zu Beginn der Versammlung
noch entgegen genommen.

Der Bürgermeister Schüring.

Packpapier

A. Lemb.

Weinbergspfähle Bohnenpfähle

hat abzugeben

Chr. Wieghardt.

Mädchen - Kleider

in allen Größen und guter Ware eingetroffen

Rudolf Neuhaus.

Dreifussstiefeleisen

wieder eingetroffen

Julius Rüping

Schwarze Woll

a B. 3,70 und 4 Mark

Geschw. Schumacher.

Osram-Lampen

in allen Spannungen stets

am Lager bei

Gg. Ph. Clos, Braubach.

Wirtschaftswagen

sind in schöner Ausführung zu haben bei

Julius Rüping.